

REGIERUNGSBETEILIGUNG DER FPÖ: GEFAHR FÜR BILDUNG UND WISSENSCHAFT

WISSENSCHAFTSFEINDLICHKEIT DER FPÖ

Für die Gesellschaft ist Bildung von größter Wichtigkeit. Von den Einsichten, Qualifikationen und Fertigkeiten der nächsten Generationen wird die Bewältigung unserer Zukunft abhängen. Für die FPÖ haben Bildung und Kultur hingegen keine Bedeutung. Ihr geht es vielmehr darum, die Gefühle der Unzufriedenheit über die ökonomischen, sozialen und ökologischen Krisen zu schüren und gegen die „Schuldigen“ zu lenken - von den („südländischen“) Ausländern, den „Sozialschmarotzern“, den „Einheitsparteien“, den „Eliten“ und ihren Medien bis zum „System“ als Ganzes. Damit möchte die FPÖ ihre Macht ausweiten, um den ORF und die unabhängige Presse, die Justiz (insbesondere Behörden zur Bekämpfung der Korruption und des Terrors), die öffentliche Wirtschaft und den Sozialstaat unter ihre Kontrolle zu bringen und zu schwächen - wie das Vorbild Viktor Orban in Ungarn.

Aus Sicht der FPÖ dienen wissenschaftliche Erkenntnisse nicht als Orientierungswissen zum besseren Verständnis der Welt und damit als Grundlage für technische Verbesserungen der Lebensbedingungen, sondern den politischen „Eliten“ als Herrschaftswissen und den Weltkonzernen zur Geschäftemacherei. So bekämpfte die FPÖ die Anti-Covid19-Maßnahmen wie Gesichtsmasken und Schutzimpfungen als Komplott der Pharmaindustrie und als Vorwand für die Errichtung einer Diktatur. Im Fall einer Corona-Infektion empfiehlt Parteichef Kickl gegen alle Vernunft und Verantwortung das Pferde-Entwurmungsmittel Ivermectin. Er und seinesgleichen leugnen auch die menschengemachte Erderwärmung, treten in Parlament und Landtagen vehement gegen Einschränkungen für Verbrennermotoren oder Gasheizungen ein und führen absurde Schattenkämpfe gegen „Klimaterroristen“ und „Ökokommunisten“. An den Universitäten und Forschungsinstituten herrscht berechtigte Furcht vor erheblichen Budgetkürzungen im Wissenschaftsbereich im Fall einer Regierungsbeteiligung der FPÖ.

SCHULPOLITISCHE IGNORANZ

Die Schule der Zukunft muss „die Jungen“ vorbereiten auf die Transformation der Lebens- und Arbeitswelt - weg von repetitiven Tätigkeiten, die von Computern und Robotern übernommen werden, hin zu Problemlösen und Kreativität, Flexibilität und Teamarbeit sowie Einsatz von Künstlicher Intelligenz. Wie vergangene Regierungsbeteiligungen gezeigt haben, verfügt die FPÖ weder über den politischen Willen noch das Fachwissen für die überfällige Schulreform – hier einige aktuelle Herausforderungen:

Kompetenzen als neue Lernziele: In Mathematik geht es weniger um Rechentechnik und Genauigkeit, mehr um logisches Denken und Modellieren; im Deutschunterricht weniger um Grammatik und Rechtschreiben, mehr um sprachliches Gestalten und kritisches Textverständnis; in allen Fächern mehr um kritisches Denken sowie um Teamfähigkeit und Persönlichkeitsentwicklung.

Forschendes Lernen: In den naturwissenschaftlichen Fächern verlagert sich das Lernen vom Merken und der Wiedergabe von Wissen zu Methoden des Untersuchens, des Erfassens von Zusammenhängen und zur Theoriebildung, zum kritischen Umgang mit Informationsquellen und damit zur Unterscheidung von Fakten und Behauptungen sowie von Vermutungen und gesichertem Wissen.



Kreativität im Mittelpunkt: Die „kreativen Fächer“ Kunst, Werken/Design, Musik werden aufgewertet, weil in ihnen die individuelle Gestaltungsfähigkeit, Fantasie, technische Praktiken (inkl. 3D-Drucker oder Musikcomputer) und das theoretische und praktische Problemlösen geschult werden.

Individualisiertes Lernen und neue Lerntechnologien: Statt für alle gleiche Lerninputs, Hausübungen und Tests erhalten Schüler:innen individuelle Lernangebote (Gruppenarbeiten, Ausarbeitung von Spezialthemen, Projektunterricht, ...), um unterschiedliches Vorwissen, Lernniveau, Interesse zu berücksichtigen und jedes Talent zu fördern.

Wandel der Rolle von Lehrpersonen: Von vortragenden Wissensvermittler:innen zu Lerncoaches für individuelle Lernwege der Schüler:innen. Von gleichen Erfolgserwartungen an alle zur Einbeziehung und Beeinflussung der Lernvoraussetzungen (Vorgeschichte, soziale und familiäre Verhältnisse, sprachlich-kultureller Hintergrund). Von einheitlichen Lernangeboten zu vielfältigen Lernmaterialien und differenzierten Arrangements zum Dazulernen auf unterschiedlichen Niveaus und mit unterschiedlichen Lerngeschwindigkeiten in der Klasse. Von Prüfungen mit einheitlichen Leistungsmaßstäben zu Feedbacks für individuelle Lernfortschritte und Stärkung der Motivation zum Weiterlernen.

Zunahme psychischer Probleme bei Schüler:innen: In vielen Schulklassen häufen sich Konzentrationsschwächen, Lernverweigerung, Respektlosigkeit gegenüber Lehrpersonen, Aggressivität gegenüber Mitschüler:innen und Bullying. Notwendig sind kluge und wirksame Maßnahmen zur Stärkung der Klassengemeinschaft und Empathiefähigkeit, aber gegen exzessive Nutzung von Handys, insbesondere sozialer Medien wie Facebook/Meta, Instagram und TikTok, die zu Entwicklungsstörungen wie Einzelgängertum, Depression oder Mager- und Drogensucht führen können. Umso absurder ist der aktuelle FPÖ-Vorschlag, die Schulpflicht abzuschaffen und durch Prüfungen über Bildungsziele zu ersetzen (Kurier 08.02.2024) – so als wäre die Schule eine überflüssige Zwangsanstalt. Tatsächlich ermöglicht sie Kindern und Jugendlichen in der Begegnung mit Gleichaltrigen und mit dem Lehrpersonal sowie durch Nutzung der Schulausstattung (Labore, Musik-, Turnsäle, Computer, ...) wichtige Erfahrungen, essenziell nicht nur für ihre kognitive, sondern auch für ihre soziale und emotionale Entwicklung.

Heterogenität in der Migrationsgesellschaft: Infolge der verstärkten Einwanderung von ukrainischen, afrikanischen und asiatischen Flüchtlingen und Arbeitssuchenden spricht die Mehrheit der Schüler:innen in manchen Schulklassen in den Brennpunktzonen Wiens nicht oder schlecht Deutsch, viele sind Analphabet:innen oder beherrschen nicht das lateinische Alphabet. Manche sind geprägt von patriarchalischen und religiösen Traditionen, schätzen säkulare Bildung nicht und begegnen weiblichen Lehrpersonen ohne Respekt. Sie in eigenen „Deutschförderklassen“ zusammenzufassen erweist sich als Fehlschlag, weil die Schüler:innen am besten in gemischten Klassen von ihren deutschsprachigen Klassenkolleg:innen lernen. Dringend gebraucht werden erstens für extrem heterogene Schulklassen speziell ausgebildete Lehrer:innen sowie zusätzliches qualifiziertes Lehrpersonal mit Migrationshintergrund. Zweitens sind die Brennpunktschulen mit den schwierigsten Schüler:innen wie in den Niederlanden mit finanziellen Zuschüssen auszustatten, damit sie mit Gehaltszulagen die besten Lehrer:innen engagieren können. Drittens ist die Zusammenarbeit von Schulnetzwerken mit universitären Didaktikzentren und Pädagogischen Hochschulen zum Erfahrungs- und Wissensaustausch zu fördern.

Aktionsfeld Schulentwicklung: Anstatt auf ministerielle Vorgaben zu warten, nutzen viele Schulen ihre Autonomie, um lokale Lösungen zu finden. Alle Stakeholder, Lehrer:innen, Eltern und Schüler:innen sind einzubeziehen und Mitbestimmungsformen zu erproben, Schwerpunkte für Entwicklungsprojekte festzulegen (z.B. Sprachenvielfalt oder Ökologie oder digitale Techniken usw.). Lehrer:innenteams brauchen dafür allerdings Zeitressourcen und qualifizierte Beratung, um die Strukturen und Abläufe der eigenen Organisation zu reflektieren und kontinuierlich zu verbessern.

Akademisierung der Vorschulerziehung: Statt durch Berufsausbildungen mit Matura in einer Bundesbildungsanstalt für Elementarpädagogik (BAfEP, früher BAKIP) sollen die Elementarpädagog:innen in einem Universitätsstudium ausgebildet und ihr Beruf professionalisiert



werden, weil der Umgang mit Kleinkindern besonders herausfordernd ist und Erziehungsfehler leichter als bei älteren Kindern Traumatisierungen und Persönlichkeitsstörungen verursachen können.

Selektivität als Hypothek des österreichischen Bildungssystems: Statt schon die 10-Jährigen in verschiedene Schultypen (AHS und MS) und dann noch weiter in Leistungsgruppen aufzuteilen sind Lernumgebungen für individuelle Lernförderung an allen Schulstandorten einzurichten, um eine optimale Ausschöpfung aller unterschiedlichen Talente sicherzustellen.

Verfügbarkeit Künstlicher Intelligenz (KI): Bisher übliche Aufgabenstellungen wie Aufsatzschreiben, Textinterpretationen, Kalkulationen oder Recherchen können von Computerprogrammen wie ChatGPT, perplexity.ai u.a. erledigt werden. Daher können die Schüler:innen in Zukunft nur anhand neuer Aufgabentypen lernen und geprüft werden, die entweder nicht von KI erledigt werden können, z.B. eigene kleine Forschungsprojekte und Datenerhebungen, oder die KI bewusst einbeziehen, deren Ergebnisse aber kritisch zu überarbeiten und zu reflektieren sind. So kann man mit pictory.ai Bilder und Videos erstellen und via Social Media rasch weiterverbreiten, die realen Aufnahmen täuschend ähneln. Man muss die Kinder und Jugendlichen daher in Zukunft befähigen, Bild- und Textdokumente kritisch zu prüfen, um Fakten von Fakes zu unterscheiden.

An einigen dieser Baustellen des Schulsystems gibt es bereits Verbesserungsversuche, etwa bei der Reform des Lehramtsstudiums, der Einrichtung von universitären Fachdidaktikzentren (AECCs), der Beteiligung an internationalen Systemvergleichsstudien (PISA, TIMSS, PIRLS) und deren Auswertung (IQS). Große Fortschritte gab es in den letzten Jahren an sehr vielen Schulen auch beim computerunterstützten teils selbstgesteuerten Lernen („Blended Learning“, „Distance Learning“) sowie bei lokalen Entwicklungsprojekten und auf die eigene Schüler:innenklientel abgestimmten Schwerpunktprogrammen.

Für FPÖ-Politiker:innen gibt es aber nur ein einziges Problem, nämlich die störende Anwesenheit von Kindern und Jugendlichen mit Migrationshintergrund. Die adäquate Lösung wäre ihre Absonderung/Entfernung/Abschiebung/„Remigration“. Indem die FPÖ auch in diesem Fall „die Fremden“ zu Sündenböcken für alles macht, blockiert sie jedes Verständnis für die vielschichtigen Probleme des Bildungswesens und damit auch für die notwendigen Verbesserungen in einer Zeit gesellschaftlicher Umbrüche.

All diese Herausforderungen erfordern vielmehr eine viele Einflussfaktoren berücksichtigende, zielgerichtete, und wissenschaftlich fundierte Bildungspolitik. Eine „Ausländer-raus“-Politik würde nicht nur den Unternehmen Arbeitskräfte und dem Sozialstaat einen Teil seiner Finanzierungsbasis entziehen (insbesondere dem Pensionssystem), sondern auch die Lage im Bildungswesen weiter verschlechtern. Denn seine Mängel liegen nicht in der Migration begründet, sondern in unzureichender Dynamik angesichts der Herausforderungen der ökonomischen, sozialen und ökologischen Transformation. Von der FPÖ in der Regierung ist nichts Konstruktives zu erwarten, sie ist daher eine Gefahr für die Zukunft unseres Landes.